



Armut ist weiblich – Frauenarmut bekämpfen

Armut und Armutsrisiken sind eine gesellschaftliche Realität. Aber eine Realität, die durch politisches Handeln und durch eine bessere Vernetzung der bestehenden Hilfsangebote verändert werden kann. **Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Rheinland-Pfalz ist die bestehende Armut eines der größten Probleme unserer heutigen Zeit.** Soziale Gerechtigkeit ist immer auch Geschlechtergerechtigkeit. Dieses Gerechtigkeitsdefizit anzupacken und Losungen zu entwickeln ist eines der drängendsten und wichtigsten Herausforderungen.

Mit dem **Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung** gibt es die Gelegenheit, die öffentliche Wahrnehmung zu dieser Problematik zu schärfen sowie an Gesellschaft und Politik zu appellieren, ihre soziale Verantwortung ernst zu nehmen.

Der diesjährige Frauentag am 8. März widmet sich daran anknüpfend dem Thema Frauen und Armut. **Armut hat viele Gesichter, aber sie ist oftmals weiblich.** Frauen sind wesentlich häufiger von Armut betroffen. Eine Verengung auf rein finanzielle Aspekte aber greift viel zu kurz. Armut ist nicht nur ein Mangel an Einkommen, sondern auch an Verwirklichungschancen, zum Beispiel im Hinblick auf Bildung, Erwerbschancen, Einkommen und Gesundheit.

Die Armutsrisikoquote steigt stetig. Von der Einkommensarmut sind in erster Linie Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Erwerbslose betroffen. Frauen sind unter diesen Gruppen überproportional anzutreffen und müssen mit dem wenigen Geld wirtschaften. 70% der Armen sind Frauen - weltweit.

Armut ist weiblich, weil Frauen schlechtere Startchancen ins Erwerbsleben haben

Obwohl junge Frauen gleich gute und bessere Schulabschlüsse als Jungen haben, sind etwa zwei Drittel aller Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, Mädchen. Bereits während der Ausbildung verdienen junge Männer durchschnittlich mehr als junge Frauen.

Armut ist weiblich, weil Frauen andere Erwerbsbiographien haben

Der Wechsel zwischen Erwerbslosigkeit, Familienarbeit, "Ehrenamt", der (oft selbst finanzierten) Weiterbildung und einer erneuten Jobsuche wird gängige Praxis. Um Haus- und Betreuungsarbeiten mit Berufsarbeit zu vereinbaren, werden Mini-Jobs und andere nicht existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse angenommen. Viele, die solche Arbeitsverhältnisse inne haben, gehören zu den "working poor" - sie sind arm trotz Arbeit.

Armut ist weiblich, weil Frauen unbezahlte Arbeit leisten

Die Erwerbsbiographien von Frauen sind charakterisiert von Unterbrechungen und Teilzeitarbeit aufgrund von Schwangerschaft, Kinderbetreuung sowie Pflege von Angehörigen.

Frauen, die in der Familie hilfsbedürftige Menschen versorgen und pflegen, erhalten keinen Lohn, sieht man von völlig unzureichenden und für Männer unattraktiven "Löhnen" wie Erziehungsgeld und Pflegegeld ab. Die Übernahme von Pflegeleistungen erweist sich als Armutsfalle. Das Ausmaß der Pflege, die zu Hause geleistet wird, übersteigt mit rund 70% bei weitem das Ausmaß der Pflege, die in Heimen geleistet werden. 80% aller pflegenden Angehörigen sind Tochter, Schwiegertochter, Ehefrauen, Mutter und Freundinnen.

Armut ist weiblich, weil Frauen weniger verdienen

Dort, wo Frauen arbeiten, verdienen sie selbst auf gut bezahlten Arbeitsplätzen durchschnittlich etwa ein Viertel weniger als Männer. Frauen sind weitaus öfter in den unteren Lohngruppen zu finden, arbeiten in Branchen, die Niedriglöhne zahlen (z.B. Textil, Handel, niedrigbewertete Dienstleistungen).

Armut ist weiblich, weil Familie sich an überholten Rollenbildern orientiert

Obwohl Menschen heute angeblich aus einer Vielzahl von Lebensformen auswählen können, führt ein Abweichen von der sogenannten "Normalbiografie", zu der Ehe und festgelegte Geschlechtsrollen gehören, oft zu Armut. Geschieden, getrennt und/oder alleinerziehend zu sein, bringt ein hohes Armutsrisiko mit sich. Nur jeder dritte unterhaltspflichtige Vater zahlt regelmäßig und in vorgeschriebener Höhe, ein weiteres Drittel unregelmäßig, ein Drittel überhaupt nicht.

Armut ist weiblich, weil das Rentensystem an der Realität vorbeigeht

Die geringe staatliche Rente bei Frauen hängt größtenteils zusammen mit beruflichen Unterbrechungen oder Teilzeitjobs während der Kindererziehung. Männer kümmern sich leider auch heute noch kaum um die Kindererziehung. Aber auch die immer noch bestehenden Lohnunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern gleicher Qualifikation spielen eine Rolle. Nicht zuletzt können Scheidungen finanziell kritische Folgen haben. Fast ein Fünftel der allein lebenden alten Frauen befindet sich unterhalb der Armutsschwelle, während alte Frauen in Partnerschaften nicht gefährdet seien. Berufstätige Frauen erhalten monatlich nur etwa die Hälfte der Rentenbezüge männlicher Ruheständler.

Armut ist weiblich, weil sich mehrere Armutsrisiken akkumulieren

Oftmals leiden Frauen unter Armut, weil sich mehrere Faktoren summieren. Weniger Einkommen und später weniger Rente, die negativen Auswirkungen von Trennung und Scheidung sowie unbezahlte Tätigkeiten und das Dasein als alleinerziehende Mutter, Erwerbslosigkeit und Teilzeitarbeit sind oftmals miteinander verzahnt und führen zu einem unweigerlichen Armutsrisiko.

Um diesem Armutsrisiko entgegenzutreten, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz:

- Die spezielle Forderung von jungen Frauen während und nach der Ausbildung und eine von klassischen Geschlechtsrollen losgelöste Berufsvorbereitung. Angebote wie „Girl's day“ und Mentoringprogramme speziell für Mädchen und Frauen sind weiter auszubauen und dürfen nicht zu Alibiprojekten verkommen.
- Gleiches Gehalt für gleichwertige Arbeit! Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind für uns eine nicht hinnehmbare Form von Diskriminierung.
- Den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, um Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewähren. Wir GRÜNE wollen eine umfassende bedarfsdeckende ganztägige Kinderbetreuung in Rheinland-Pfalz. Nur durch wohnortnahe ganztägige Angebote der Kindertageseinrichtungen mit flexiblen und durchgängigen Öffnungszeiten kann der Rechtsanspruch wirklich erfüllt, eine echte Wahlfreiheit für Eltern gewährleistet und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Ausbildung wirksam verbessert werden.
- Eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente
- Die Einführung eines Mindestlohns
- Eine bessere Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements, sowie anderer unbezahlter Tätigkeiten wie Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen und Hausarbeit, auch durch eine Grundsicherung, denn dieses Engagement darf keine Armutsfalle sein. Unbezahlte Arbeit darf nicht einfach den Frauen zugeschoben werden.
- Eine ausreichende Absicherung im Alter, bei Krankheit und bei Erwerbslosigkeit, die nicht nur bei durchgehender Vollzeitbeschäftigung und bei durchschnittlichem Einkommen gewährleistet sein darf.
- Ein gerechtes Steuersystem, dass die Benachteiligung von Frauen nicht zementiert (Abschaffung des Ehegattensplitting).